

# Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 24. August

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 587.

1874.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Die Postungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Preis 2 Sgr. die sechsgehaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amliches.

**Berlin, 23. August.** Der König hat den Besitzern des Hotels zum Kaiserhof, G. H. Heinrich Theodor und Georga Friedrich Drexel zu Frankfurt a. M. das Prädikat als königl. Hoflieferanten; sowie dem Uhrmacher Theodor Elaf zu Wiesbaden das Prädikat eines königl. Hof-Uhrmachers verliehen.

Der Privatdozent Dr. F. Petersen in Kiel ist zum außerordentlichen Professor in der medi. Fakultät der dortigen Universität ernannt. Der Eisenbahn-Ober-Betriebsinspektor Stegmann zum Mitglied der königl. Direktion der Oberschl. Eisenbahn ernannt und sind ihm die Funktionen eines technischen Mitgliedes der königl. Eisenbahn-Kommission zu Posen übertragen worden.

Dem Konsul Hermann Kreisemann ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als General-Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, dem Friedensrichter Joseph Biele zu Großtänchen, Landgerichtsbez. Saaraemünd, die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes erteilt, der königl. bairische Rechts-Randbat Emil Liebler aus Rothenbach zum Friedensrichter in Großtänchen ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 23. August, Mittags.** Die „Presse“ theilt mit, daß die Anerkennung der Regierung Serrano's durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland seit heute Thatsache sei. Dasselbe Blatt veröffentlicht gleichzeitig ein Telegramm aus Madrid, demzufolge der Minister des Aeußern, Ulloa, am 21. d. offiziell angezeigt habe, daß das wiener Kabinet die Regierung Serrano's anerkenne und daß die gleiche Mittheilung seitens des Vertreters Deutschlands erfolgt sei.

**Brüssel, 22. August.** Der Konseilspräsident, Minister ohne Portefeuille, Graf de Theux de Meylandt ist gestern Morgen gestorben.

**Paris, 22. August, Morgens.** Der „Augsb. Allg. Ztg.“ wird über den Besuch des Königs Ludwig von hier telegraphisch mitgeteilt, daß der König einer Einladung des Fürsten Hohenlohe Folge leistete. Der Besuch gelte ausschließlich der eigenhändigen Besichtigung der Kunstschätze von Paris und Versailles.

— Nachmittags. Der König von Bayern begab sich heute Nachmittag um 2 Uhr in Begleitung des Grafen v. Hohenstein nach Versailles, um die dortigen Kunstschätze in Augenschein zu nehmen, und verbrachte dort den Nachmittag im strengsten Intimité.

**London, 22. August.** Die Abreise des Kronprinzen und der Kronprinzessin des deutschen Reiches und von Preußen ist nunmehr auf Montag festgesetzt und werden sich dieselben auf der königlichen Yacht „Victoria und Albert“ nach Antwerpen einschiffen.

**Kopenhagen, 23. August.** Der König, der Prinz Waldemar und die Prinzessin von Wales sind heute Mittag auf der Fregatte „Syltland“ hier eingetroffen. Eine große Anzahl von Dampfschiffen war der königlichen Fregatte entgegengefahren und begleitete dieselbe bis an die festlich geschmückte Stadt. Zum Empfange waren die königliche Familie, sämtliche Minister, die Generalität, die Behörden und eine zahlreiche Volksmenge versammelt, welche den König und seine hohe Begleitung mit den lebhaftesten Affektionen begrüßte.

**Konstantinopel, 22. August.** Die von der Regierung mit der Banque Impériale abgeschlossene Anleihe erfolgt durch Emittirung neuer konsolidirter Titel im Betrage von 15 Millionen, welche zum Nettocourse von 40 und gegen eine zweiprozentige Kommission fest übernommen werden. Bezüglich der übrigen 25 Millionen der gedachten Anleihe behält die Regierung die Option und kann die Emission derselben sowohl durch die Vermittelung der Banque Impériale, wie auch durch diejenige irgend eines anderen Finanz-Institutes erfolgen.

## Der evangelische Oberkirchenrath

hat hinsichtlich des am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung unterm 14. d. M. folgende Anprache an die Gemeinden gerichtet:

„Gnade und Friede von Gott unserem Vater und dem Herrn Jesu Christo sei mit Euch Allen! Mit diesem Segenswunsch und aus bewegtem Herzen grüßen wir Euch, geliebte Gemeinden. Pflicht und Gewissen drängen uns, gerade jetzt zu Euch zu reden; denn unsere evangelische Landeskirche, wenigstens ein großer Theil ihres Gebietes, steht vor einem entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte. Es ist Euch bekannt, daß das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten wird. Wichtige Veränderungen im öffentlichen Leben werden damit für diejenigen Bewohner unseres Landes, welche von diesem Gesetz betroffen werden, auch für die evangelischen, eintreten. Manches, woran unser Volk gewöhnt war, muß aufgegeben, Anderes, was zunächst fremdartig berührt, muß übernommen werden. Wir zweifeln nicht, daß der geistliche Sinn unseres Volkes alle etwaigen Schwierigkeiten, die mit der Ausführung eines solchen Gesetzes verbunden zu sein pflegen, bald überwinden wird. Wie wir aber vernahmen, haben sich weithin Mißverständnisse, selbst Mißdeutungen über die Tragweite geltend gemacht, welche das genannte Gesetz für unsere Kirche und ihre heiligen Handlungen hat. Wir möchten, soviel an uns ist, beitragen, dieselben zu beseitigen. Der Herr wolle dazu dieses unser Wort in Gnaden segnen!

Bisher waren es die Geistlichen, welche alle diejenigen Meldungen, welche sich auf die persönlichen Verhältnisse ihrer Gemeindeglieder, wie Geburten und Todesfälle, bezogen, entweder selbst oder unter ihrer Verantwortlichkeit durch andere Kirchenbeamten entgegenzunehmen, den Inhalt in die Kirchenbücher einzutragen und aus denselben auf Erfordern zu bezeugen hatten. Dieselben handelten dabei zugleich im staatlichen Auftrage. Daher hatten die von ihnen ausgestellten Geburts- und Lebensurkunden auch vor den Gerichten und anderen öffentlichen Behörden Geltung. Dagegen war bisher die kirchliche Trauung die zu einer bürgerlich gültigen Ehe erforderliche Form der Eheschließung.

Daher waren es wieder ausschließlich die Geistlichen, welche die zu einer Eheschließung notwendigen Nachweise und Zeugnisse von den Brautleuten zu fordern und zu prüfen hatten. Das kirchliche Aufgebot diente zugleich, um zu erfordern, ob und welche bürgerlichen Geburtsurkunden etwa vorhanden seien. War dies nicht der Fall und die kirchliche Trauung vollzogen, so traten von selbst auch alle diejenigen Rechtsfolgen ein, welche mit einer rechtsgültig geschlossenen Ehe verbunden sind. Nur für solche Personen, welchen die kirchliche Trauung versagt werden mußte, war die vor dem Richter zu vollziehende bürgerliche Eheschließung nachgelassen; doch mußten dieselben zuvor aus der Kirche ausgescheiden. Dies wird nunmehr anders werden. Den Geistlichen werden vom 1. Oktober ab diejenigen Obliegenheiten, welche sie bisher im staatlichen Auftrage zu erfüllen hatten, abgenommen werden. Dafür werden von denselben Zeitpunkt an besondere staatliche Beamte, Standesbeamte genannt, angestellt werden. Bei diesen hat dann jeder, dem ein Kind geboren wird, diese Geburt innerhalb einer Woche und, falls das Kind todt geboren sein sollte, spätestens am nächstfolgenden Tage anzuzeigen. Desgleichen ist spätestens am nächstfolgenden Tage jeder Todesfall bei diesen Beamten anzugeben. Vor und von dem Standesbeamten wird dann auch alles dasjenige erledigt, wozu die Geltung einer Eheschließung rechtlich abhängig ist. Wenn also ein Brautpaar in den Ehesand treten will, so hat es sich mit den nöthigen Bescheinigungen versehen, zuvörderst bei dem Standesbeamten zu melden und das Aufgebot zu beantragen. Dieses hat, soweit es dienen soll, Hindernisse der Eheschließung zu erfordern, fortan durch Anschlag an einem dazu bestimmten öffentlichen Orte oder durch eine andere Art öffentlicher Bekanntmachung zu erfolgen. Zwei Wochen nach derselben hat dann das Brautpaar wieder vor dem Standesbeamten zu erscheinen, und zwar mit zwei großjährigen Zeugen, in deren Gegenwart es nunmehr seinen Willen, die Ehe einzugehen, erklärt. Diese Erklärung wird in ein Register eingetragen und von dem Brautpaar mit unterzeichnet. Damit ist die Ehe rechtlich indlich geschlossen. Auch wird darüber sofort eine Bescheinigung ausgestellt. Aus Vorstehendem ergibt sich auch, daß jeder, der einen vor den Gerichten und anderen öffentlichen Behörden gültigen Geburts-, Heiraths- oder Todtenchein braucht, vom 1. Oktober ab für alle nach diesem Tage vorkommenden Fälle an den betreffenden Standesbeamten sich zu wenden hat.

Das sind die Veränderungen, welche mit dem genannten Zeitpunkt eintreten werden. Andere, weitergehende giebt es nicht. Es müßte auch nicht jetzt noch zu fragen, ob diese Veränderungen unserer Kirche gegenüber notwendig waren oder nicht? Die Staatsregierung ist zu denselben genöthigt gewesen, und nunmehr sind sie durch Gesetz vorgeschrieben, und Gehorsam gegen das Gesetz ist nicht die geringste unter den Pflichten des evangelischen Volks. Ihr könnt auch diesen Gehorsam willig und ohne Beschränkung Eurer Gewissen leisten. Es ist mindestens ein grober Irrthum, wenn man hier und da angenommen hat, daß die neuen Anordnungen darauf ausgingen, uns die Religion zu nehmen, oder dieselbe zu schwächen. Auch die heil. Handlungen unserer Kirche werden dadurch nicht beeinträchtigt oder gar aufgehoben. Soll e. Jemand, wie es vorgekommen sein soll, Euch sagen, daß fünfzig Eure Kinder nicht mehr getauft, Eure Verstorbenen nicht mehr kirchlich beigesetzt, Eure Ehen nicht mehr kirchlich eingetraget werden dürften, so weist solches Gerücht als unwahr und unbegründet zurück und laßt Euch dadurch nicht irre machen! Die kirchlichen Segnungen werden auch in Zukunft keinem, der nach denselben für sich oder die Seinen verlangt, entzogen oder auch nur erschwert! Daß die Geburt eines Kindes in Zukunft zunächst bei dem Standesbeamten gemeldet werden muß, hindert doch nicht, daß auch die Taufe des Kindes rechtzeitig bei dem Geistlichen begehrt, daß dieselbe ganz in der bisherigen Weise und unter den üblichen Formen vollzogen, daß bei dem ersten Kirchgang der Mutter die kirchliche Dankagung gehalten und die Wöchnerin, wo dies Sitte ist, eingeweiht werde! Daß der Tod eines Familiengliedes in Zukunft zunächst dem Standesbeamten angezeigt werden muß, verwehrt doch nicht, daß der Leichnam christlich und evangelischem Gebrauch nach zur Erde beigesetzt, daß Gottes Wort, dieser einzige Trost im Leben und im Sterben, dabei verkündet, daß der Geistliche wie gewöhnlich darum anwesend und von diesem auch der Hingang des Verstorbenen im öffentlichen Gottesdienste unter Fürbitte und Dankagung abgehandelt werde! Und wenn die rechtliche Gültigkeit einer Ehe in Zukunft von dem abhängt, was in der oben beschriebenen Weise vor dem Standesbeamten zu geschehen hat, so schließt dies doch nicht aus, daß die kirchliche Eheschließung der Ehe unmittelbar und ohne Aufschub nachfolge, daß für die Verlobten oder Verheiratheten Fürbitte vor der Gemeinde gehalten und daß überhaupt die Eheschließung, dieser wichtigste Schritt des Lebens, nach Maßgabe der kirchlichen Ordnung unter Gottes Wort und Gebet geschehe! Gewiß, Niemand braucht zu fürchten, daß seinem neugeborenen Kinde die Taufe, der Begründung seines Hausstandes die kirchliche Weihe, seinen Todten die Segnung zu des Grabes Ruhe fehlen werden. Die evangelische Kirche wird in allen diesen Beziehungen ihres Berufes zu warten fortfahren. Allein sie wird nunmehr erst recht Gelesenheit haben, die Treue ihrer Glieder daran zu prüfen, ob sie die Taufe für ihre Kinder, die kirchliche Trauung für ihre Brautpaare, die kirchliche Beerdigung begehren. Daran wird man erkennen, ob unser evangelisches Volk die Gnadengüter seiner Kirche zu schätzen weiß oder nicht.

Was wird die Zukunft erweisen? Wird sie die vielfach bezeugte Befürchtung bestätigen, daß Viele unter uns sich nicht scheuen werden, die Taufe ihrer Kinder freventlich zu unterlassen oder wenigstens müßwillig zu verzögern? Die Taufe ist, wie Ihr wißt, von unserem Herrn Jesus Christus selbst geboten; er hat seinen Jüngern befohlen, zu taufen im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes (Evang. Matth. 28, 19). An die Taufe ist die Verheißung der Seligkeit geknüpft; der Herr Christus hat selbst gesagt: wer da glaubt und getauft wird, der wird selig werden. (Evang. Marc. 16, 16). Die Taufe ist das Bad der Wiedergeburt, der Quell himmlischer Gnadenkräfte, das Siegel für unsere Erlösung. Durch dieselbe werden wir aufgenommen in die Gemeinschaft der Gemeinde Jesu Christi im Himmel und auf Erden. Wer nicht getauft ist, kann weder eingetaucht, noch zum heiligen Abendmahl zugelassen werden; er gehört der Kirche überhaupt nicht an. Ihr Väter und Mütter, Ihr müßt doch den Taufgesungen Euren Kindern nicht vorenthalten? Ihr müßt doch Eure Kinder nicht als Heiden, sondern als Christen und in der Furcht Gottes erziehen? Nun, so zeigt durch die That, daß Ihr die Taufgnade würdigt. Eure Kinder werden es Euch danken vor Gottes Thron! — Und was sollen wir, um von dem kirchlichen Begräbnis nicht noch einmal zu reden, von der kirchlichen Trauung sagen? Gewiß wird mit dem, was vor dem Standesbeamten zu geschehen hat, die rechtliche Seite der Eheschließung zum gültigen Ausdruck gebracht; aber ist denn damit auch schon dem sittlich-religiösen Bedürfnis eines evangelischen Brautpaares Genüge getan? Kann denn die Willenserklärung vor dem Standesbeamten bei aller Wahrhaftigkeit derselben einem evangelischen Gemüth ersetzen das feierliche Ja, das Gelübde der Treue vor dem Altar

des Herrn? Kann denn die namentliche Unterschrift unter ein Protokoll einem Brautpaar mit evangelischem Gewissen Ersatz dafür bieten, daß seine Hände an geweihter Stätte in einander gefügt werden mit dem Wort des Herrn: „was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden?“ Ihr Brautleute, wisset Ihr in dem Augenblick, wo Ihr Euch anschickt, den oft so schweren Lebensweg gemeinsam zu gehen, des Trostes entbehren, daß im Heiligtum Gottes über Euch gebetet und sein Segen gelegt werde auf Eure Häupter, Euren Bund? Wir antworten: Nein! und wir sind überzeugt, daß wir dies thun aus dem Herzen unseres Volkes heraus, wenigstens im Sinne derer, die evangelisch nicht bloß heißen, sondern sein wollen. Darum erwarten wir mit Zuversicht, daß alle die Brautpaare, welche Werth darauf legen, evangelisch zu sein, auch darauf halten werden, ihr gemeinsames Leben nur nach der kirchlichen Einsegnung ihres Bundes zu beginnen und diese, nachdem sie ihre Ehe vor dem Standesbeamten rechtserverbindlich eingegangen sind, unverzüglich, und zwar der Regel nach noch an demselben oder doch wenigstens am einem der nächstfolgenden Tage herbeizuführen.

Geliebte Gemeinden, man hat viel darüber geredet und geschrieben, ob unsere Kirche durch die neue Ordnung der Dinge verlieren oder gewinnen werde? Das hängt, so weit Menschliches in Betracht kommt, lediglich von der Treue ihrer Diener und von dem evangelischen Sinn und Geist ihrer Glieder ab. Jetzt wird es sich zeigen, ob unser Volk zu seiner Kirche steht, oder nicht. Was bisher vielfach Sache der Ueberlieferung, des Herkommens, der Gewohnheit war, das gilt es nunmehr festzuhalten als Sache freier Ueberzeugung, als Ausdruck persönlicher Frömmigkeit, als Erfüllung einer evangelischen Pflicht. Gott der Herr wolle es unseren Gemeinden in das Herz geben, daß sie je länger je mehr erkennen, was sie dem Heil ihrer Seelen und dem Glauben schuldig sind, zu dem sie sich bekennen! Geschiehe dies, so wird auch die Einführung der neuen Ordnungen nicht zur Schädigung, sondern zur Förderung und Erbauung unserer Kirche dienen. Das wolle Gott in Gnaden!

## Brief- und Zeitungsberichte.

**DRG. Berlin, 23. August.** Durch den Tod des Grafen v. Maczynski dürfte der von der Reichsregierung ursprünglich in Aussicht genommene Plan wegen Errichtung des deutschen Parlamentes leicht seiner Verwirklichung entgegengeführt werden. Bekanntlich wurde die Erwerbung des Racynskischen Palais am Königsplatz zu diesem Zweck in erster Linie in Aussicht genommen, dieser Plan scheiterte jedoch an der ausdrücklichen Erklärung des Grafen, daß er unter keinen Umständen gewillt sei, sein Palais zu dem genannten Zweck an das Reich abzutreten. Soweit uns bekannt, werden die Erben des Grafen Racynski der Erwerbung des Palais keineswegs Schwierigkeiten entgegenstellen, ja es dürfte sogar Aussicht vorhanden sein, die bekannte höchst werthvolle Bildergalerie zugleich mit dem Palais zu erwerben. Es würde somit, da bekanntlich auch das Terrain der ehemaligen Porzellanmanufaktur sich nach den inzwischen von Sachverständigen ausgeführten Vermessungen z. als unzulänglich herausgestellt hat, endlich Aussicht vorhanden sein, einen Platz zu erwerben, der sowohl seiner Lage als Größe nach, sich zum Bau eines Parlamentsgebäudes ganz vorzüglich eignet. Daß auch diesem Plage einige Mängel anhaften, ist selbstverständlich; es wird sich ganz ohne Mängel auch schwerlich ein Platz finden lassen. Jedenfalls ist dieser Platz, worauf es ja in erster Linie ankommt, vollkommen geeignet, ein kommunales Gebäude auf demselben zu errichten, während alle diejenigen Bedenken, welche gegen die Erwerbung des Kroll'schen Etablissements geltend gemacht werden, in Wegfall kommen. Wenn die Fertigstellung des Parlamentsgebäudes nicht ins Ungewisse verschoben werden soll, so wird die von dem Reichstage ernannte Kommission sich wegen Erwerbung des Platzes mit den Erben des Grafen Racynski recht bald ins Einvernehmen setzen müssen. Bekanntlich gehört der Grund und Boden, auf welchem das Racynskische Palais steht, dem Fiskus an; der verstorbene Graf hatte von Friedrich Wilhelm IV. nur das Recht erhalten, unter der Bedingung, daß er seine sehr bedeutende Gemäldesammlung für das Publikum zugänglich mache, dort ein Gebäude zu errichten. Diese Bedingung hat der alte Graf stets treulich erfüllt.

— Die Sedanfeier wird dieses Jahr nicht nur von Schulen, Gemeinden, Vereinen zc. sondern auch offiziell festlich begangen werden. Nach kaiserlicher Bestimmung findet am 2. September Vormittags eine große Parade auf dem Kreuzberge statt, an welcher die sämtlichen Truppen der Berliner Garnison, sowie die Mannschaften der hier zu den Übungen zusammengezogenen auswärtigen Truppentheile des Garde Corps theilnehmen. Mittags findet im königl. Schlosse eine große Galafest statt, zu welcher die an der Parade theilgenommenen Offiziere, vom Stabschef aufwärts, Einladungen erhalten. Abends findet im Opernhause eine Galaballveranstaltung statt. — Das Börsen-Kommissariat hat beschlossen beim Aeltesten Collegium der hiesigen Kaufmannschaft zu befragen, ob die Börse am 2. September als dem Jahrestage der Schlacht bei Sedan, geschlossen werde. — Ueber die Sedanfeier in den Elementarschulen hat die königl. Regierung zu Münster unterm 4. d. folgendes Circular an die Schulinspektoren erlassen:

„Nachdem sich herausgestellt hat, daß in Folge unserer Verfügung vom 26. Juli v. J. die Feier des Sedan-Tages am 2. September v. J. in den Elementarschulen unseres Bezirkes nur theilweise begangen und vieler Orten, namentlich durch den frühen Anfang der Schulfreien, behindert worden ist, legen wir hierdurch fest, daß die Herbstferien der Volksschulen überall erst nach dem 2. September jeden Jahres beginnen dürfen. Ueber die Art und Weise der an diesem so bedeutsamen Gedächtnistage abzuhaltenden Schulfreien enthalten wir uns jeder näheren Bestimmung, geben dieselbe vielmehr dem Ermessen der Schulvorstände an. Es dürfte sich jedoch empfehlen, die Feier nicht auf die Schulräume zu beschränken, sondern auch durch Auszug auf's Land — durch Gesang und Spiel im Freien auszuzeichnen. Jedemfalls setzen wir voraus, daß die Wiederkehr des 2. September überall

gern werde benutzt werden, um die Liebe zu König und Vaterland, zu Kaiser und Reich in der Jugend unseres Volkes zu wecken und zu beleben. Am 15. September c. erwarten wir Bericht über die Art und Weise der quäl. Feiern in den erzwungen namhaft zu machenden Schulen."

Der Gegenbesuch, welchen der Gouverneur von Köln, General-Lieutenant v. Kummer, dem Marschall Bazaine abgestattet, hat, wie man dem „Bör.-C.“ von „gut unterrichteter Seite“ mittheilt, in hiesigen politischen Kreisen böses Blut gemacht. Die genannte Zeitung schreibt:

General-Lieutenant v. Kummer ist nämlich in keiner Weise beauftragt worden, dem Marschall ein solches Entgegenkommen zu zeigen, daß er es gethan, ist aus rein persönlichem Antriebe geschehen. Eine Klage in irgend einer milden Form wird dem Gouverneur von Köln wahrscheinlich nicht eripart bleiben; wenn jedoch von verschiedenen Seiten verlautet, es stehe eine Abberufung des Herrn v. Kummer bevor, so schließt dies wohl bei Weitem über das Ziel hinaus. Trotz der in den maßgebenden Kreisen herrschenden Verstimmlung mißt man doch dem Verhalten des Herrn v. Kummer gegenüber dem „glorreichen Flüchtling von St. Marguerite“ keine andere Bedeutung als die einer politischen Taktlosigkeit bei.

Die telegraphisch signalisirte Auslassung der „Nordd. Allg. Z.“ über den künftigen Religionsunterricht an höheren Lehranstalten lautet wörtlich:

Referenten verschiedener Zeitungen geben sich in ihren Berichten den Anschein, als sei ihnen über den Inhalt des in der Vorbereitung begriffenen Entwurfs zu einem Unterrichtsgesetze Glaubhaftes bekannt. Wenn wir schon in Rücksicht auf das Stadium, in dem sich gegenwärtig die betreffenden Arbeiten — welche übrigens ununterbrochen und nachdrücklich gefördert werden — befinden, an der Zuverlässigkeit jener Referate zweifeln, so kommt dieser Zweifel durch den Inhalt derselben nur verstärkt werden. So wird erzählt, daß der konfessionelle Unterricht an den höheren Lehranstalten nicht fortbestehen, sondern durch einen konfessionslosen obligatorischen Religionsunterricht ersetzt werden solle; ein Korrespondent berichtet sogar, wie die drei ersten Paragraphen des „fallsigen Entwurfs“ formuliert seien, und verleiht sie mit den entsprechenden Bestimmungen des „Müller'schen Entwurfs“. Unsere Bedenken gegen die Richtigkeit dieser Mittheilungen haben sich bestätigt; wir können dieselben nach eingezogener Erkundigung als erfunden bezeichnen.

Ueber die Beschlüsse der pharmazeutischen Enquete in Betreff der Frage des Konzeptionsystems geht der „Post“ folgende Mittheilung zu:

Nicht allein ist der Gedanke der Gewerbefreiheit auf dem Gebiete des Apothekerswesens mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen worden, sondern es sind auch diejenigen Maßregeln, welche für den Fall der Beibehaltung des Konzeptionsystems dessen monopol- und privilegienartige Wirkung abzumildern geeignet sind, nicht beifällig aufgenommen worden. So hat sich die Majorität für die Beibehaltung der Vererblichkeit und Veräußerlichkeit zur Zeit bestehender Personal-Konzeptionen selbst in denjenigen Fällen ausgesprochen, in welchen die Apotheke sich noch im Besitze des ersten Konzeptionsars befindet. Im Ganzen ist das Votum so vollständig zu Gunsten des bestehenden Zustandes ausgefallen, daß es zweifelhaft erscheint, ob eine reichs-gesetzliche Regelung desselben zweckmäßig und nothwendig ist. Die Frage, ob demungeachtet dem Reichstage ein Gesetzentwurf über das Apothekerswesen vorgelegt werden soll, dürfte erst nach der Rückkehr des Minister Delbrück von seiner Urlaubreise zur Entscheidung kommen.

Ueber die Stellung des Bundesrathes zur Regelung der Apothekerfrage schreibt man der „Post“ folgendes:

Die einer Reihe auswärtiger Blätter von hier zugegangene Nachricht, der Bundesrath wolle sich bei der Regelung des Apothekerswesens „für die Beibehaltung der Zahl der Apotheken, also im Wesentlichen für die Beibehaltung des Konzeptionswesens“ erklären, entbehrt jeden Anhalts. Das Reichskanzleramt erachtet es bereits vor ungefähr zwei Jahren für fernerlich, in Betreff der Regelung des Apothekerswesens den Bundesregierungen zunächst die Frage zur Erwägung zu stellen, ob es sich empfehlen möchte, in ähnlicher Weise, wie es in Bezug auf die Gewerbebegleichung im Jahre 1868 und in Bezug auf die Befugnis zu der Banknotenabgabe im Jahre 1870 geschehen, vorerst den weiteren legislativen Maßnahmen den Weg dadurch zu ebnen, daß dadurch ein vorbereitetes Gesetz dem Entschieden neuer künstlicher Konzeptionsverträge, welche die wesentlichste durch die Gesetzgebung zu überwindende Schwierigkeit bilden, vorgebeugt werde, wo solche noch nicht bestehen. Den Bundesregierungen wurde gleichzeitig ein dahinzielender Entwurf vorgelegt, der jedoch dem Stadium der legislativen Vorermäßigungen angehöre und nicht die Bedeutung eines dem Bundesrath vorgelegten Antrages hatte. Dieser Entwurf, zum Gesetz erhoben, würde die Gewerbefreiheit einführen. Eine definitive Entscheidung ist über denselben bis jetzt seitens der Bundes-Regierungen nicht getroffen worden, und stellte der Reichskanzler inzwischen an den Bundesrath das bekannte Ersuchen, die Berufung eines aus Medizinbeamten, Ärzten und Apothekern zu bildenden Kommission zu beschließen, was denn auch geschehen ist. Weiter hat der Bundesrath mit der Apothekerfrage nichts zu schaffen gehabt.

Der Korrespondent meldet nun, im Gegenthat zur „Post“, daß alle Aussicht vorhanden sei, die Frage im Sinne der Gewerbe-freiheit zu lösen und begründet dies wie folgt:

Die preussische Regierung dürfte entschieden für eine Vermehrung der Apotheken sein. Nach einer im preussischen Ministerium aufgestellten Berechnung fehlen, 10,000 Einwohner als Normal-Durchschnittszahl auf eine Apotheke gerechnet, in den allländischen Landes- theilen der preussischen Monarchie 330 Apotheken. Viel Schwierigkeit bietet allerdings die von den Apothekenbesitzern besonders betonte Frage der Entschädigung des Vermögensverlustes, den sie durch Freigabe der Kontingenz erleiden könnten, zumal es in einzelnen deutschen Staaten Apothekenprivilegien giebt, welche von dem Staate oder von staatlichen Instituten als Rechtsnachfolger früherer Besitzer noch in jüngerer Zeit verkauft worden und für die an den Verkäufer Landamten oder sonstige Abgaben zu entrichten sind. Zur Ablösung der Apotheken- berechtigungen Deutschlands würden mindestens 50,000,000 Thaler gehören.

Ueber die Fahrt S. M. Schiff „Gazelle“, das bekanntlich die Mitglieder der zur Beobachtung des Venusdurchganges nach den Kerguelen entsendeten Reichs-Expedition an Bord hat, liegen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Mittheilungen vor:

Am 3. Juli des Abends verließ die „Gazelle“ bei ziemlich bewegter See und konträrem Winde Plymouth, gelangte am 5. Juli in den Meerbusen von Madeira und kam am 15. Juli Mittags auf der Höhe von Funchal (Madeira) an. Hier dauerte der Aufenthalt nur einen Tag; denn bereits am 16. Juli dampfte die „Gazelle“ gen Süden weiter. Dieselbe wird vermuthlich nur noch bei St. Vincent auf den Kap Verdischen Inseln unter dem 16. nördl. Breite oder in Montevideo anlegen, dann ohne weiteren Aufenthalt nach der Kapstadt fahren und hier am 12., spätestens am 20. September eintreffen. Der Aufenthalt in der Kapstadt wird 14 Tage dauern, so daß spätestens am 5. Okt. die Kerguelen-Inseln erreicht sein werden. — Aus diesem Bericht geht ferner hervor, daß die Mitglieder der Expedition sehr viel von der Seekrankheit leiden und die Hitze ihnen recht lästig ist. In der Nacht vom 6. zum 7. Juli hat die „Gazelle“ etwa 30 Seemeilen zurückgelegt und befindet sich Morgens um 8 Uhr unter dem 45. Gr. nördl. Breite. Da sich der Kapitän beim herrlichen Wetter wieder die Kessel heizen und es wurden wissenschaftliche Experimente mittelst Lothungen und Auswerfen des großen Schleppnetzes vorgenommen. Die Lothungen ergaben eine Meerestiefe von 15,300 Fuß. Selten wurde ein fremdes Gabel gefangen, dagegen tauchten in geringer Entfernung des Schiffes ganze Scharen von Delfinen auf. Es ist viel nach ihnen geschossen, aber bis dahin keiner getroffen worden. — Wunderbar schön erscheint

der gestirnte Himmel; der Komet war dem bloßen Auge groß und deutlich sichtbar. Am 11. Juli wurde ein wunderbar schönes Schauspiel beobachtet. Es war das von den Schiffen sogenannte Glühen oder Leuchten des Atlantischen Ozeans. Tausende von Funken, Flammen sah man unter dem Bug und zu beiden Seiten des Schiffes im Meere glühen. Um die Erscheinung näher zu untersuchen, wurden Netze aus- geworfen und später wieder aufgezogen. Es fand sich nur eine einzige Burmart, Phrosomachus genannt, zu deutsch Feuerwalze, etwa 4 Zoll lang, ganz hell durchsichtig und mit lauter kleinen, feinen Stacheln besetzt. — Am 13. Juli war das Schiff auf der Höhe der Straße von Gibraltar. Meeresungeheuer, wie Haie, bekam man nicht zu Gesicht, nur die Seeschwalbe begleitet das Schiff unangeführt. Am 14. Juli, um halb sieben Uhr Abends, wurde Madeira zuerst erblickt, und am folgenden Morgen präsentirte sich den Mitgliedern die schöne Insel in vollem Sonnenlichte. Riesige, 5—6000 Fuß platt sich über den Meeres- spiegel erhebende Berge, alle grün, einige thalwärts noch in Nebel gehüllt, gaben ein entzückendes Bild.

Die andere deutsche Expedition zur Beobachtung des Venusdurch- ganges, bestehend aus den Herren Valentiner, Adolph Neumann, Kar- däg, Esche und Deichmüller hat, nach einem Telegramm aus Sout- hampton vom gestrigen Nachmittag, gestern den dortigen Hafen ver- lassen. An Bord Alles wohl.

Das „Frankf. Z.“ erfährt, daß vor wenigen Tagen Probe- Exemplare des silbernen Fünf-Markstücks von der einschlägi- gen Behörde genehmigt worden sind, und daß man dahier bereits mit der Prägung beginnt. „Ebenso hört man von anderen Münzstätten, daß man dort mit den einschlägigen Vorbereitungen beschäftigt sei, und die Ausprägung mit Rücksicht auf die in Kürze eintretende Einfüh- rung der Mark-Währung sehr beschleunigt werden solle.“

Fulda, 19. August. Die größte Merkwürdigkeit Fulda's ist ohne Zweifel ein Archiv, welches diese ältesten Urkunden Deutschlands, die sog. Karoliner-Urkunden — die älteste derselben bildet eine Bestätigungs- Urkunde Pipin's des Kurzen — umfaßt. Als Kuriosum verdient hier beiläufig erwähnt zu werden, daß diese weltberühmte Sammlung in der kurheffischen Zeit in einem alten Pferdehufe des Regierungs- Gebändes abgelagert war. Die preuß. Regierung, welche diese Perlen deutscher Urkunden besser zu würdigen wußte, ließ dieselben alsbald nach der Anektirung des Kurstaates mit der berühmten hiesigen Landes- Bibliothek vereinigen und eine musterhafte Ordnung herbeibringen, weshalb auch in der letztvergangenen Zeit zahlreiche Freunde hierher kamen, um Einsicht davon zu nehmen. Gestern aber traf, wie die „N. Z.“ berichtet, seitens des Oberpräsidenten die Nachricht hier ein, daß dieses Archiv nach Marburg überbracht werden solle, um mit dem dortigen Staatsarchiv vereinigt zu werden. Es wurde daher heute schon mit der Verpackung der Urkunden begonnen.

Witten, 19. Aug. Nachdem f. Z. der neukatholische Kaplan Loh- gen wegen Beleidigung altkatholischer Realchüler bestraft worden ist, wird nunmehr der „Westf. Prov.-Ztg.“ für die Alt Katholiken ein besonderer Religionsunterricht an der Realschule ertheilt wer- den. Das Provinzial-Schullegium zu Münster hat genehmigt, daß der Pfarrer Weidinger (Hagen — Witten) zum altkatholischen Religions- lehrer der Realschule gewählt werde.

Borken, 18. August. Die frühere Vorsteherin der höheren Töch- terschule zu Bockolt, Schwester Hildegard, von der Kongregation Unserer lieben Frau, ist gestern vom Kreisgericht wegen Majestäts- beleidigung, begangen vor den Schülern, zu zwei Mona- ten Festungshaft verurtheilt; der Staatsanwalt hatte zwei Monat Gefängnis beantragt. (Wie aus einer Korrespondenz der „Germania“ ersichtlich, hat sich die „Schwester“ vor ihren Schülerinnen über eine „gewisse Krankheit des Kaisers“ geäußert.)

Braunschweig, 20. August. Der sozialdemokratische „Br. Volks- freund“ berichtet: In dem bekannten, gegen den Schriftsteller Gustav Rasch von der braunschweigischen Staatsanwaltschaft wegen seines bei W. Brade jun. in Braunschweig erschienenen Buches: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ erhobenen Prozeß hat das Kreisgericht nun die Hauptverhandlung ganz ausgesetzt und den An- trägen des Angeklagten, der sich zum Beweise der Wahrheit der in seinem Buche enthaltenen Schilderungen der politischen und admini- strativen Zustände in Elsaß und Lothringen unter der jetzigen Ver- waltung erboten hat, in umfassendster Weise stattgegeben. Die zugegen- eide Vernehmung des Reichskanzlers Fürsten Bis marck über seine Aeußerung zu der elsässischen Deputation: „Betrachten Sie sich als eine Republik, die sich selbst regiert“, der elsässischen Abgeordneten Deutsch, Gwerber und Lauth, sowie einer Reihe bekannter Persönlichkeiten in Straßburg und Metz, wie der Herren Soguel, Caré, Richterberger, Redoutre, des Reichstagsabgeordneten Sonnen- mann und des Reisegefährten des Verfassers, Dürand in Stuttgart, über die politischen und administrativen Zustände in Elsaß und Lothringen, endlich des Landtagsabgeordneten Eugen Richter über die dortige öffentliche Presse ist beschlossen worden. Die Elsässer werden nun also Gelegenheit haben, sich öffentlich über ihre heimathlichen Zu- stände auszusprechen. Auch die zugegenide Vernehmung des Herzogs Friedrich von Augustenburg-Schleswig-Holstein über die ihm seitens des Königs von Preußen im Jahre 1864 gemachten Ver- spruchungen ist wegen der dem Angeklagten zur Last gelegten Majestäts- beleidigung angeordnet.

Mainz, 22. August. Vom „Mainzer Journal“ wird ein Aus- schreiben des Bischofs Ketteler veröffentlicht, daß und weshalb die katholische Kirche sich an der Sedanfeier nicht betheiligen könne. Als vornehmlichster Grund wird angeführt, daß die Feier nicht vom ge- samten deutschen Volke ausgehe, sondern hauptsächlich von einer Partei, welche sich fälschlich als Vertreterin des deutschen Volkes ge- berde und an der Spitze des Kampfes gegen das Christenthum und gegen die katholische Kirche stehe. Die katholische Kirche könne sich an der Feier nicht betheiligen, nachdem so eben das katholische Deutschland für das Attentat eines verkommenen Menschen mitverantwortlich ge- macht worden sei. Da aber das Gebot für das deutsche Vaterland immer eine Pflicht sei, so wolle der Bischof gestatten, daß am Tage der Sedanfeier oder am darauf folgenden Sonntage ein Gebet oder Bittamt abgehalten werde, namentlich um Gott zu bitten, daß er uns die innere Einheit wiedergebe, ohne welche die äußere Einheit nur leerer Schein sei.

München, 21. August. König Ludwig hat gestern Abend, nachdem er um 9 Uhr dem Kaiser von Oesterreich seinen Gegenbesuch gemacht, zwei Stunden später, gegen 11 Uhr Nachts eine Reise an- getreten, von der im Voraus Niemand, selbst am königlichen Hofe, eine Ahnung hatte und über welche denn auch unsere diesen Nachmit- tag erschienenen Tagesblätter etwas mysteriöse Mittheilungen bringen. Nach den Einen soll Abricourt das Ziel der königlichen Reise sein, nach den Anderen wird sich der König zum Besuch der Kaiserin von Oesterreich nach der Insel Wlaga begeben. Das ist nun Alles un- richtig; denn es wird der „N. Z.“ versichert, der König begehe sich nach Versailles, um das Schloß, für dessen Bauart und Einrich- tung er eine besondere Vorliebe hat, zu besichtigen. Die Rückkehr von

dort soll in einigen Tagen erfolgen. Im Gefolge befindet sich Ober- stallmeister Graf von Hohenstein, der schon 1871 einige Male als Ver- trauter unseres Königs nach Versailles gefahren war.

München, 21. August. Herr Dr. jur. Sigl schildert im „Bair- rischen Vaterland“ sein erstes Verhör vor dem Untersuchungsrichter wegen der bekanntlich dem Fürsten Bis marck zugesetzten Beleidigung wie folgt:

Der Redakteur des „Vaterland“ stand gestern vor dem Unter- suchungsrichter, angeladung, den „Unterschiedenen“, nämlich Bismarck, durch die Artikel in Nr. 159, 160 und 161, in Bezug auf seinen Beruf verleumdend beleidigt zu haben. Aus der Unterschrift des „Unter- zeichneten“ erlah der Richter zu seiner großen Befriedigung, daß die Klunkereien der Reptilien von seiner schmerzhaften Wunde und seinem heißen Finger nichts als eitel Schwindel waren; denn wer wenige Tage nach der „Bermuthung“ einen so kräftigen, nachdrück- lichen und kolossalen Hausdurchsucher mit so fester und sicherer Hand niederreiben kann, dem that kein Dämon mehr!

Mrs. 17. August. Bischof Foullon von Nancy erblickt offenbar seine Mission darin, von Zeit zu Zeit auf der Kugel seinem Grolle gegen Deutschland durch Hegeren Luft zu machen und so seiner Res- taurierung Verlegenheiten zu bereiten. Kürzlich hielt er bei Gelegenheit der Einweihung eines Denkmals für gefallene Krieger in der Kathedrale zu Nancy wieder eine höchst kriegerische Rede voll Hasses gegen die keltischen Germanen. Solch' rasselnde Kundgebungen meldet man aus verschiedenen Orten an der Grenze; insbesondere aber wird wieder für die Wallfahrt nach Notre-Dame de Sion Propaganda ge- macht, die nun für die Elsässer und Lothringer in allen Bedrängnissen als Special-Patronin gilt. — Die ultramontanen Blätter in den französischen Grenzstrichen fordern offen zu Sammlungen für die Carlisten auf; ambulante Krämer verkaufen Gebete für das Ge- deihen der guten Sache in Spanien, und die Journale melden un- fange, daß bei diesem oder jenem Subskriptionen für die Carlisten in Empfang genommen werden. Die Aristokratie in Nancy hat dafür ein eigenes Komitee, und man nennt mehrere feine Adels als besonders eifrige Agenten. Ueberhaupt muß man die von der großen Presse un- beachteten kleinern Volksblätter Frankreichs lesen, um zu erfahren, was dort gedacht und gehofft wird. Der zweite punische Krieg zwischen den beiden großen Völkern tritt schon deutlich in das Gesichtsfeld. Un- terdrückt wird in Frankreich der Terrorismus der Bischöfe, dem sich Präfecten und Generale beugen; sie können unbeirrt und ungestraft Alles wagen.

Brüssel, 22. August. Ueber den internationalen No- gress bringt heute „Indep. belge“ wieder eine neuere Mittheilung, wonach sich die Arbeiten der Konferenz beinahe bis zum Ende des No- vats verlängern dürften. Ihre Mitglieder haben, wie „Indep. belge“ meldet, den die Repressalien betreffenden Abschnitt einer ziemlich lang- dauernden Beratung unterzogen, ohne sich indeß behufs einer definitiven Fassung verständigen zu können. Die Debatte wurde unter- brochen, und man begnügte sich mit dem Ausdruck des Wunsches, die Frage späterhin von Neuem geprüft und gelöst zu sehen, wenn die Diskussion überhaupt eine Lösung herbeiführen kann. Gegenwärtig beschäftigt sich die Konferenz mit dem zweiten Kapitel des zweiten Ab- schnitts, der von den Requisitionen und Kontributionen handelt, an- scheinend dürfen aber die Kommissionsmitglieder sich hierüber eben- so wenig einigen, als in der Repressalienfrage. Auch dieser Punkt würde muthmaßlich einer späteren nochmaligen Prüfung anheimzu- stellen sein.

Paris, 21. August. In seinen Berichten über die Reise des Marschalls Mac Mahon hat das offizielle Journal der Anreden des Herrn Lemonnier, Vice-Präsidenten des Generalraths der Sarthe, und des Herrn Gobius, Präsidenten der Handelskammer zu St. Malo, Erwähnung gethan, ohne doch den Wortlaut derselben zu bringen. In beiden Reden war sehr geradezu Bezug genommen auf das Pe- dürfnis und Verlangen des Landes nach einer definitiven Regierung. Man kann die Verlegenheiten des Ministeriums sowohl wie der Re- daction des offiziellen Journals begreifen: die Veröffentlichung des Textes dieser Reden hätte auch die der Antworten des Marschalls nö- thig gemacht, und jedes Wort aus dem Munde des Staatsoberhauptes ist von wichtiger Bedeutung. Die Regierung der „moralischen Ordnung“ ist jedoch genöthigt, zu schweigen und sich zu drücken, um es nicht mit den Bonapartisten zu verderben, noch mit den Orleansianern, noch mit den Legitimisten oder den Republikanern vom linken Centrum. Die Leute vom 21. Mai und 20. November dürfen sich nicht viel rühren, wenn sie ihre Majorität in der Kammer behalten wollen. So sind sie denn genöthigt, auch den Marschall eine möglichst bescheidene Rolle spielen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, ihn etwas lächerlich zu machen. Der Präsident der Republik ist auf Reisen gegangen, um die Bedürf- nisse und Wünsche der Bevölkerung kennen zu lernen, so wenigstens sagten die offiziellen Blätter; es werden ihm diese Wünsche und Be- dürfnisse in den Departements, die er besucht, vorgebracht, aber er antwortete darauf nur mit wenigen Worten, und das offizielle Jour- nal schweigt gerade über diesen Gegenstand, um dafür die Prosa des Herrn Erzbischofs von Rennes mitzutheilen. Der Prälat versichert dem Präsidenten, daß die lokale Mitwirkung der bretonischen Geis- tlichkeit ihm gewonnen sei; aber alle Welt weiß ja schon längst, daß die Klerikalen mit dem Septennium auf dem besten Fuße stehen! Solche Mittheilungen können die Kaufleute und Industriellen wenig trösten. Trotz der lokalen Mitwirkung des bretonischen Klerus hat die Reise des Marschall-Präsidenten so ziemlich Floos gemacht. Zu Mans haben die Gendarmen lebhaft „Vive Mac Mahon!“ gerufen, aber die Menge stimmte nicht ein. Zu Laval, zu Vitre, zu St. Malo ist die Bevölkerung eben so kühl geblieben, was auch die offiziellen Blät- ter sagen mögen. Rührerige finden sich überall, wo es etwas zu sehen giebt, also auch in diesem Falle, aber von einer wärmeren Theilnahme war keine Spur. Wo sollte sie auch herkommen? Die Minister haben geglaubt, einen klugen Streich zu machen, als sie das persönliche Sep- tennium in die Bretagne schickten, sie glaubten, er würde dort eine be- sondere Kurrole erlangen und rechnen dazu auf die Hilfe des Klerus. Aber der Klerus hat den Widerwillen der Bauern gegen „die Repre- sentation von Versailles“ nicht überwinden können. Es ist wieder ein Be- leg für die Wahrheit der Worte des Herrn Rouher: Es giebt zwischen dem Kaiserthum und der Republik heute keinen Raum mehr für die Mittelstufen! (Köln. Ztg.)

Wie man aus Nizza meldet, ist dort in Bezug auf die bevor- stehenden Abgeordnetenwahlen die Furcht vor der separatistischen oder italienischen Partei so groß, daß noch kein Bonapartist, weder Herr Malasena noch der Herzog Massena, es wagt, mit seiner Kan- didatur hervorzutreten. Als erster separatistischer Kandidat wird der Advokat Boriglioni, Mitglied des Generalraths, genannt; sein Er- folg gilt für ungewiss. — Der Herzog von Chartres läßt das Gerücht, daß er als Kandidat für die Nationalversammlung auftreten werde, dementiren. Soldat sei er und Soldat wolle er bleiben.

Madrid. Die in Madrid residirenden Konsuln der fremden Mächte haben gegen eine Zollverfügung protestirt, wonach auf

Veroleum = Markt (Schlagbericht). Raffinirtes, Type weiß,  
[so] 25½ Bz. und B., pr. August 25½ Bz. Br., pr. September 26 Bz. Br.,  
pr. September-Dezember 26½ Bz. Br., pr. Oktober-Dezember 27½ Bz. Br.  
fest.

Paris, 23. August. Der deutsche Geschäftsträger in Madrid,

Druck und Verlag von M. Decker u. Comp. (K. Hofsch.) in Wien